

14. Januar 48

Zum erstenmal gleichberechtigt  
=====

-44. Im Nürnberger Justizpalast sitzt zur Zeit die "Wilhelmstrasse" auf der Anklagebank, jene Männer, die die exterritorialen Rechte des Diplomaten im Auftrage Hitlers für seine Gewaltpolitik missbraucht haben. Wie auch der Urteilspruch ausfallen mag, heute schon steht fest, dass diese Männer ihr Mandat, das sie im Namen des deutschen Volkes ausübten, zum Schaden eben dieses deutschen Volkes angewendet haben. Wenn heute in der Welt allem, was deutsch heisst, eine Mauer von Misstrauen, wenn nicht Hass entgegensteht, dann tragen die Diplomaten des Dritten Reiches ihr gerüttelt Mass Schuld daran.

Als Dr. Schumacher in diesen Tagen in London weilte, um an der Tagung des Sozialistischen Informations- und Verbindungsausschusses teilzunehmen, trug er keinen Diplomatenpass in der Tasche, hinter ihm stand nicht die materielle und geistige Potenz eines grossen Reiches und doch hatte er eine Mission, wie sie kaum jemals einen Berufsdiplomaten Deutschlands auf eine internationale Konferenz geführt hatte: nach Jahren der Isolierung den Namen Deutschland in internationalen Protokollen zum ersten Mal wieder mit eigener Hand einzuschreiben. Damit überragt der kurze Aufenthalt Dr. Schumachers in London die technische Seite des Besuches. Die Tatsache, dass die internationale Publizistik Dr. Schumacher um Äusserungen bat, die das Programm der Konferenz überschritten, und das aussergewöhnliche Interesse, das Dr. Schumacher von den Vertretern der Weltpresse entgegengebracht wurde, sind ein Beweis mehr für diese Auffassung. Dr. Schumacher hat nicht nur als Exponent der deutschen Sozialisten gesprochen, denn er wusste, dass mehr als seine Parteianhänger in Deutschland das erste gleichberechtigte Auftreten eines deutschen Vertreters auf internationalem Boden mit Interesse und Genugtuung verfolgt haben.

Es ist bemerkenswert, dass es die Sozialisten des Auslandes waren, die zum ersten Male nach dem Kriege einen gleichberechtigten deutschen Partner an den Verhandlungstisch entboten. Wo immer im Ausland Hitler den Gesslerhut des Hakenkreuzes aufrichtete, waren es

berst die Sozialisten, die von der Gestapo verfolgt, zusammengetrieben und terrorisiert wurden. In keinem von Hitler unterworfenen Lande haben mehrere Schichten mehr gelitten als die Arbeiter, und trotzdem haben gerade die Vertreter dieser Schichten über den geistigen Schutt des Krieges, über die Frage von Schuld und Unschuld hinweg, die versöhnende Hand gestreckt und den Deutschen wieder in jenen Kreis zurückgeführt, den er 1933 verlassen musste. Der Gedanke, dass diese gleichen Kreise heute zugleich Träger der Staatsmacht in den meisten westeuropäischen Ländern sind, öffnet einen erfreulichen Ausblick in die Zukunft.

Der in London gefasste Beschluss, eine Sonderkonferenz der sozialistischen Parteien der Marshall-Länder einzuberufen, hat für Deutschland eine spezielle Bedeutung, auf die Dr. Schumacher bereits kurz hingewiesen hat. In der Konferenz der 15 Nationen in Paris, auf der die Grundzüge des Marshall-Planes erörtert wurden, hat kein Deutscher teilgenommen. Soweit dort deutsche Interessen berührt worden sind, wurden sie von Vertretern der Militärregierungen wahrgenommen. Ob dies richtig war, kann bezweifelt werden, es müsste andererseits untersucht werden, ob jemals die internationale Situation für eine deutsche Vertretung reif genug war. Zur Zeit liegt noch keine Äusserung von massgebender Seite vor, ob darin für die Zukunft ein Wandel vorgesehen ist. Im Verlauf der Frankfurter Beratungen ist die Absicht angedeutet worden, dem bizonalen Aussenhandel eine grössere deutsche Initiative zuzubilligen. Wenn der Marshall-Plan das wird, was er zu werden verspricht, dann wird seine Verflechtung mit dem bizonalen Aussenhandel von selbst zu einer Entwicklung zwingen, die eine deutsche Vertretung in der Marshall-Planung unerlässlich macht. Die Sozialisten in London jedenfalls, die dem deutschen Vertreter auf der Sonderkonferenz der Marshall-Länder Sitz und Stimme verliehen, haben einen Weg gezeigt, der im Interesse einer psychologischen Untermauerung des Marshall-Planes auch anderen Stellen wärmstens zu empfehlen ist.

#### Der Landrat auf Abwegen

Der Betriebsrat des Amtes Heile hatte am Freitag, den 19.12.47, um 15 Uhr, im Benehmen mit dem Ortsgruppenleiter der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr eine Betriebsversammlung einberufen, die über "Mittel und Wege zum Schutz der Demokratie" aufklären sollte. Die Versammlung war vom Kreisdirektor genehmigt worden. Eine Viertelstunde vor Beginn erfuhren der Versammlungsleiter und der Referent, dass der Landrat persönlich im Auftrage des Kreisausschusses die Versammlung verboten habe.

Damit hat Landrat Heile gegen das Kontrollratsgesetz Nr. 22 verstossen, das den Betriebsrat jeder Dienststelle verpflichtet, Betriebsversammlungen abzuhalten. Dieser Übergriff fordert den schärfsten Protest heraus. Als politischer Beamter hätte Heile wissen müssen, dass er in das alleinige Recht des Betriebsrates nicht eingreifen darf, zumal dann, wenn der Kreisdirektor eine von den Gewerkschaften einberufene Versammlung ordnungsgemäss genehmigt hat.

Will sich Landrat Heile zum Vorkämpfer einer neuen Reaktion machen? Die Gewerkschaften werden alle Massnahmen treffen, um die Rechte der Betriebsräte sicherzustellen und die Demokratie auch in der Verwaltung der Öffentlichen Dienste zu schützen.

E.K.

14. Januar 1948

Der faux pas des Herrn Direktor

Wer es noch nicht wusste, der weiss es jetzt: an die Spitze des Verwaltungsausschusses für Wirtschaft in Frankfurt gehört ein Mann, der Wirtschaftler und Politiker zugleich von Format ist. Als die CDU/CSU dem politisch gänzlich unerfahrenen Dr. Semler an diese Stelle diktierte, hat die SPD sehr vernehmlich gewarnt. Aber der Parteilegoismus der CDU/CSU wog wider besseres Wissen schwerer.

Wir stehen deshalb nicht an, zu erklären, dass wir Dr. Semler die alleinige Verantwortung für die, milde gesagt, grobe politische Ungeschicklichkeit, die er mit seiner Rede in Erlangen bewiesen hat, nicht zuschieben möchten. Die Schuld hieran trägt in erster Linie die CDU/CSU, die mit ihrem effektheischenden Spiel bereits mehr als genügend deutsches Porzellan zerschlagen hat. Für das mangelnde politische Format des Frankfurter Direktors ist nun ein gültiger Beweis erbracht, der - deshalb sagen wir leider! - im Interesse deutscher Belange besser nicht erbracht worden wäre. Zumal der inzwischen bekanntgewordene Sachverhalt eine recht blamable Situation aufzeigt. Denn so war es: Dr. Semler sollte vor einem verhältnismässig kleinen Kreis von höheren CSU-Funktionären in Erlangen über die wirtschaftliche Lage Deutschlands sprechen. Es sollte eine Art vertrauter Unterhaltung sozusagen im Familienkreise sein. Das nahm wenigstens Dr. Semler an. In der Familie nun unterhält man sich manchmal recht ungezwungen und sagt dann auch manches, worüber man sonst zu schweigen pflegt.

Wenn nun Dr. Semler erstens zu spät zu seinem Vortrag kam, wenn zweitens die eifrige CSU-Führung inzwischen die Vertreter der OMGUS beladen hatte - die auch erschienen waren - wenn drittens dies dem Frankfurter Direktor nicht bekannt war bzw. bekanntgegeben wurde, dann kann man nur sagen: peinliche, sehr peinliche Färbung. Jedenfalls, eine grössere politische Ungeschicklichkeit kann es kaum geben.

In entscheidenden Augenblicken, wenn es tatsächlich um wichtige Belange Deutschlands geht, Rückgrat auch gegenüber den Besatzungsmächten haben: sozialdemokratische Politiker haben wiederholt bewiesen, dass dies nicht nur möglich, sondern auch zweckmässig ist. Wenig zweckmässig erscheint es aber, im vermeintlichen Familienkreise über Dinge zu sprechen, die, wenn sie Tatsachen sind, von wirklichen Staatsmännern offen und ehrlich den Vertretern der Besatzungsmacht zur Kenntnis gebracht werden. Das allein ist verantwortungsbewusste und konsequente Politik. Indes das andere nur als auf augenblickliche Sensationseffekte im kleinsten Kreise berechneter politischer Klatsch und Tratsch gewertet werden kann.

Es ist ein wenig erfreulicher Anblick und zeugt weder von Sachlichkeit noch von Rückgrat, wenn Dr. Semler sich jetzt bemüht, darzutun, dass alles missverstanden wurde bzw. gar nicht so gemeint war. Nach Lage der Dinge ein mehr-als-peinlicher Rückzug, der vor den nun verschlossenen Türen der CDU/CSU enden muss. (b/ B81/121/2/ho)

Vor 32 Jahren ....

Durch einen Zufall fiel uns eine Ausgabe des "Helmstedter Kreisblatt" vom Freitag, 3. September 1915 in die Hand. Wir veröffentlichten daraus zwei Berichte. Die Überschriften haben wir selbst gewählt. Die Sperrung des Textes stammt nicht von uns. Ein Kommentar erscheint uns überflüssig.

So geht es auch ..... - Der tapfere Verteidiger der Festung Przemysl, der österreichische General Kusmanek, befindet sich augenblicklich in Moskau in russischer Gefangenschaft, doch ist den Russen scheinbar das Verständnis für die Grösse des Mannes aufgegangen, denn sie behandeln den Helden mit aller Zuvorkommenheit. Säbel und Uniform, sowie sein erster Adjutant und ein Oberst sind ihm gelassen worden. Als er nach Moskau gebracht wurde, gaben die Russen ihm einen höheren Generalstabsoffizier zur Begleitung bei. General Kusmanek wohnte im Hotel National, dem vornehmsten Hotel in Moskau, wo er zwei Zimmer im zweiten Stock hatte. Die Fenster gingen auf den Theaterplatz mit der Aussicht auf die Kaiserliche Oper. Wie alle Gefangenen, musste auch dieser General sich in sein Schicksal fügen. Er ging oft ins Kaffeehaus; die Zeitungen interessieren ihn. Er bekam italienische, englische, Schweizer, französische und russische Blätter. Alles Reisegepäck, was er aus Przemysl mitgebracht hatte, wurde ihm gelassen. Nur wurde der Säbel überflüssig, ebenso wie die ganze Uniform. Der General liess sich in Moskau schwarze Zivilanzüge machen. Sie kleideten ihn herzlich schlecht. Von weitem war schon zu erkennen, dass dies kein Zivilist sei. Überhaupt war Kusmanek in Moskau viel gekannt, denn die illustrierten Blätter brachten sein Bild.

"Feigheit"..... - An der belgischen Küste liegen unsere Blaujacken auf der Wacht und die vornehmen englischen Modebäder sind jetzt "Seemanns-Garnison" geworden! Wir spielen jetzt, so schreibt ein Obermatrose launisch, nachdem wir fünf Monate an der Front gewesen sind, die Herren Badesäfte und haben uns in den feinsten Hotels direkt am Strande eingenistet. Jetzt kommt erst die Reaktion bei uns. Unsere Glieder sind wie zerschlagen und wir schlafen fast den ganzen Tag. Doch die kräftigen Seebäder werden uns bald wieder auf den Damm bringen. Übrigens haben wir beim Baden schon eine Eroberung gemacht. Wir tummelten uns am Strande, als von See aus ein grösserer weisser Gegenstand angetrieben wurde. Ein Flugzeug! Sofort schwammen wir, zehn Mann stark, hinaus. Es war ein französisches Wasserflugzeug mit zwei englischen Offizieren, die einen Motordefekt ausbessern wollten. Nun zwickten wir einige Spanndrähte ab und schwammen mit unserer Beute wieder zurück. Wenn die Kerls nicht so feige gewesen wären, hätten sie uns alle abgeschossen, da wir doch keinerlei Waffen hatten. Na, besser ist's so ...."

Die Tagebücher Ulrich von Hassels

Aus den nachgelassenen Tage Büchern Ulrich von Hassels (im Atlantik Verlag Zürich und Freiburg i.Br. erschienen), des ehemaligen deutschen Botschafters in Rom, geht mit Klarheit hervor, dass es der deutschen Widerstandsbewegung nicht nützlich erschien, die Wehrmacht durch grosse Sabotageakte zu schwächen. Es ging ihr eher darum, Deutschland von der furchtbaren Last des Nationalsozialismus zu befreien, so lange es noch ein kraftvoller Verhandlungspartner sein konnte.

Hassel war sich völlig im klaren, dass Hitler diesen Krieg gewollt hatte. So notierte er am 10.9.1939: "Hitler und Ribbentrop wollten den Krieg gegen Polen und haben das Risiko des Krieges gegen die Westmächte bewusst übernommen, verbunden bis in die letzten Tage hinein mit einer in der Temperatur schwankenden Illusion, sie würden doch neutral bleiben." Am 19.10.39 schrieb er nieder: "Ich fand in Berlin bei den Unterrichteten eine geradezu erschütterte Stimmung. Die Empfindungen, die dabei die Hauptrolle spielen sind: die Überzeugung, dass der Krieg militärisch nicht zu gewinnen ist, die Einsicht in die in hohem Grade gefährliche wirtschaftliche Lage, das Gefühl, von verbrecherischen Abenteurern geführt zu werden und die Schmach, mit der die Kriegführung in Polen den deutschen Namen befleckt hat."

Das immer wieder aufklingende Grundmotiv seiner Tagebuch-Aufzeichnungen ist die Anklage gegen die Generale. Am 20.4.43 schrieb Ulrich von Hassel: "Je länger der Krieg dauert, desto geringer wird meine Meinung von den Generälen. Sie haben wohl technisches Können und physischen Mut, aber wenig Zivilcourage, gar keinen Überblick oder Weltblick und keinerlei innere, auf wirklicher Kultur beruhende geistige Selbständigkeit und Widerstandskraft. Alle, auf die man gehofft hatte, versagen, und zwar insofern in besonders elender Weise, als sie alles, was ihnen gesagt wird, zugeben und sich auf die tollsten Gesandnisse einlassen, aber den Mut für die Tat nicht aufbringen."

Ulrich von Hassels Tagebücher sind mit das Fesselndste und Erschütterndste, was es bis heute auf dem Gebiet der Literatur der Widerstandsbewegung gibt. Es ist hier völlig gleichgültig, welche politische Richtung Ulrich von Hassel bei einem Gelingen des Attentats vom 20. Juli vertreten hätte. Nichts anderes ist unsere Pflicht, als sich voller Ehrfurcht vor diesem grossen deutschen Manne zu neigen, der Mut, Charakter und Geist besass, sich gegen den angebotenen Zerstörer Deutschlands zu wenden.

RB.

Auch in Frankreich .....

A.F. Paris, Anfang Januar - Nach offiziellen Angaben befinden sich augenblicklich in Frankreich rund 500.000 Lebensmittelkarten mehr im Umlauf als der tatsächlichen Einwohnerzahl entsprechen würde. Ferner sind die häufigen Diebstähle von Halbjahresbogen, deren Besitz ermöglicht, für die Dauer von sechs Monaten die monatlichen Lebensmittelmarken zu empfangen, zu berücksichtigen. Der illegale Umlauf dieser Bogen wird für das zweite Halbjahr auf ebenfalls 700.000 geschätzt. Schliesslich werden jeden Monat Lebensmittelkarten in beachtlichen Mengen entwendet. Die Schätzung für Dezember 1947 nennt eine Menge von 700.000 bis 800.000 Monatsrationen. Dazu kommen schliesslich die heimlich gedruckten falschen Botkarten von etwa 1,5 Mill. Stück monatlich. Insgesamt sind das monatlich etwa 3 bis 4 Mill. Rationen.

### Haltung der SPD unverändert

In der letzten Zeit sind mehrfach Darstellungen zur innerpolitischen Situation gegeben worden, die geeignet waren, den Eindruck zu erwecken, als bahne sich in der Haltung der SPD insbesondere in der Frage ihrer Beteiligung an der Leitung der bizonalen Hauptverwaltungsämter in Frankfurt eine neue Tendenz an. So hatte z.B. auch eine der britischen Militärregierung besonders bestehende grosse Zeitung einen Artikel ihres Frankfurter Mitarbeiters veröffentlicht, der solchen Erwartungen Ausdruck gab. In der Sache sind Äusserungen dieser Art unbegründet. Man ist an massgebender Stelle der SPD der Auffassung, dass sich seit der Neubesetzung der Direktorenposten in Frankfurt durch Vertreter der CDU keine neue Situation ergeben habe, die Anlass für eine veränderte Einstellung der Sozialdemokratie sein könnte. Auch die kürzlichen Frankfurter Besprechungen zwischen den Generalen Robertson und Clay auf der einen, Vertretern des Wirtschaftsrates und der Länder auf der anderen Seite haben keine Änderung gebracht, ebenso wenig wie die Tatsache, dass die gesamte deutsche Wirtschaftsführung in den Westzonen ein neues Gesicht bekommen wird. Die Korrekturen der bizonalen Wirtschaftsverfassung stellen nach Ansicht der Parteileitung der SPD eine reine Verwaltungsmaßnahme ohne politische Konsequenz dar; und zwar nicht nur in dem Sinne, dass damit keine neuen staatsrechtlich-politischen Voraussetzungen geschaffen werden, sondern auch im Hinblick auf das Verhältnis der deutschen Parteien untereinander.

### Schleswig-Holstein für Flüchtlinge gesperrt

Illegale Grenzgänger dürfen künftig nicht mehr in Schleswig-Holstein aufgenommen werden, da das Land mit Flüchtlingen seit Jahren überfüllt ist und keine Unterbringungsmöglichkeiten mehr bestehen. Der Militärgouverneur der britischen Zone hat in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein verfügt, dass in Zukunft alle illegalen Grenzgänger, die nach Schleswig-Holstein kommen, sofort nach Nordrhein-Westfalen weitergeleitet werden müssen. Bis vor kurzem bestanden noch die Regelungen, dass nur 75% der Ostflüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen weitergeschleust werden sollten. In diesem Zusammenhang muss erneut betont werden, dass sich die französische Zone noch immer nicht bereit gefunden hat, Flüchtlinge aufzunehmen. Es sind aber Bestrebungen im Gange, hier Wandel zu schaffen. (b/B48/131/2/he)

### Bezug der "Neuen Volkszeitung", New York ermöglicht

Die in den USA erscheinende deutschsprachige sozialdemokratische "Neue Volks-Zeitung", die unter der massgeblichen Mitarbeit des Gen. Friedrich Stampfer, dem früheren Chefredakteur des "Vorwärts" und Mitglied des PV. herausgegeben wird, ermöglicht allen Genossen, die diese Zeitung lesen wollen und Freunde oder Verwandte in den USA haben, den Bezug. Die Angehörigen oder Freunde müssen nur veranlasst werden, die Zeitung unter Angabe der deutschen Adresse zu abonnieren. Der Versand erfolgt dann automatisch vom Verlag der N.V.Z. direkt an die deutsche Anschrift.

Verantwortlich: Peter Raunau